



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Kerstin Celina, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung für Open Government-Labore
(Kap. 16 04 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 16 04 wird ein neuer Tit. „Förderung für Open Government-Labore“ ausgebracht und mit Mitteln in Höhe von 600,0 Tsd. Euro ausgestattet.

Mit den zusätzlichen Mitteln wird ein Förderprogramm aufgesetzt.

Begründung:

Im Zuge des digitalen Wandels kommt viel Veränderung, aber es entstehen auch Chancen für eine Modernisierung des Staates. Die Verwaltungsdigitalisierung ist zu einer Daueraufgabe geworden, die nicht nur mit der digitalen Bereitstellung von Verwaltungsleistungen zur vollen Entfaltung kommen wird. Langfristig und breit aufgestellt geht es um die Modernisierung des Staates, eine Neuaufstellung in dem Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft und um die Schaffung einer neuen Verwaltungskultur. Open Government ist die bewusste und systematische Öffnung von Politik und Verwaltung für die Interessen, Anforderungen und Fähigkeiten der vielfältigen digitalen Gesellschaft. Die digitale Zivilgesellschaft verfügt über viel digitale Expertise, die bislang nicht ausgeschöpft wird. Die Synergien zwischen der digitalen Zivilgesellschaft und dem Staat müssen ausgebaut werden, um diese Expertise bestmöglich für die Gestaltung der digitalen Gesellschaft einzusetzen. In Open Government-Laboren findet ein solcher Austausch von Wissen, Ideen und Kontakten statt und die Formate können zu einer offenen, veränderungsfreudigen und menschenorientierten Verwaltungskultur beitragen. Es geht einerseits um die Knüpfung neuer Partnerschaften zwischen Zivilgesellschaft und Staat und andererseits um einen systematischen Wissenstransfer und gezielten Kompetenzaufbau im Bereich digitaler Verwaltung, Open Source, offene Verwaltungsdaten etc. innerhalb der staatlichen und kommunalen Verwaltung. Mit den veranschlagten Mitteln soll ein Förderprogramm für die Errichtung von Open Government-Laboren in bayerischen Regionen aufgesetzt werden.